

Englisch raus, Französisch rein

Der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid will dem Bundesrat zuvorkommen und fordert eine neue nationale Sprachenstrategie



Am Anfang der gegenwärtigen Debatte über den Französischunterricht steht die Sprachenstrategie von 2004.

GORAN BASIC / NZZ

ANDRI ROSTETTER

Res Schmid ist nicht bekannt als grosser Schulreformer. In den fünfzehn Jahren, in denen er als Nidwaldner Bildungsdirektor im Amt ist, hat er keine einzige Reform aus eigenem Antrieb angestossen. Doch jetzt, ein halbes Jahr vor seinem Rücktritt, hat der SVP-Mann eine Mission: Er will den Streit um den Französischunterricht beenden.

Schmid hat nicht weniger als eine neue nationale Sprachenstrategie ausgearbeitet, die gleich mehrere Probleme lösen soll. Kernpunkt des Vorschlags ist der obligatorische Unterricht einer zweiten Landessprache ab der fünften Primarklasse in der ganzen Schweiz. Im Gegenzug soll Englisch flächendeckend neu ab der ersten Sekundarklasse unterrichtet werden. Schmid hat am vergangenen Dienstag, unterstützt vom gesamten Regierungsrat, der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) einen entsprechenden Antrag eingereicht.

Der Französischunterricht in der Primarschule steht in mehreren Kantonen

zur Debatte. Zuletzt hat der Zürcher Kantonsrat Anfang September beschlossen, das Französisch auf die Sekundarschule zu verschieben. Noch ist der Entscheid nicht definitiv, doch für Schmid ist damit ein heikler Punkt erreicht. «Wenn jetzt der Kanton Zürich



RE

Res Schmid
Nidwaldner
Bildungsdirektor

vorangeht, hat das eine Signalwirkung für das ganze Land», sagt er.

Die Beherrschung einer zweiten Landessprache sei für eine mehrsprachige Willensnation zentral, sagt Schmid. «Als Kleinstkanton kennen wir das Minderheitendasein nur allzu gut. Deshalb haben wir für die Position der Westschweiz grosses Verständnis.» Die Be-

vorzugung von Englisch könne in der Romandie als Gleichgültigkeit gegenüber dem Französisch aufgefasst werden – und damit als Desinteresse gegenüber dem ganzen Landesteil.

Englisch sei dagegen in der Deutschschweiz gegenüber Französisch im Vorteil, sagt Schmid. «Die Schülerinnen und Schüler kommen im Alltag dauernd mit Englisch in Kontakt. Sie sind mit der Sprache schon vertraut, auch wenn sie erst in der Oberstufe damit beginnen.» Beim Französisch sei das nicht der Fall, deshalb sei ein früherer Beginn sinnvoll.

«Das war der falsche Weg»

Dass die Romandie mit der Deutschschweizer Haltung zunehmend Mühe bekundet, zeigte sich nach dem Entscheid des Zürcher Kantonsrats. Der Neuenburger Grosse Rat hat eine dringliche überparteiliche Resolution überwiesen, die die Pläne zur Abschaffung des Frühfranzösisch kritisiert.

Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sagte in einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen, der Zürcher

Entscheid ziele auf «eine Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur» ab. Noch diesen Monat will Baume-Schneider das Thema in den Bundesrat bringen.

Die heutige Situation hat ihren Ursprung in der nationalen Sprachenstrategie, die von der EDK im Jahr 2004 verabschiedet wurde. Erklärtes Ziel war es, dass die Schülerinnen und Schüler spätestens ab der fünften Klasse zwei Fremdsprachen lernen – je mehr und je früher, desto besser, war die Devise. Von den damaligen Bildungsdirektoren ist keiner mehr im Amt. «Heute müssen wir feststellen: Das war der falsche Weg», sagt Schmid.

Die Sprachenstrategie hat zu einem Ungleichgewicht zwischen der Deutsch- und der Westschweiz geführt. In den Westschweizer Schulen ist Deutsch generell die erste Fremdsprache. In der Mehrheit der Deutschschweizer Kantone wird seit 2004 dagegen zuerst Englisch unterrichtet, Französisch kommt erst später. Appenzell Innerrhoden hat Französisch in der Primarschule gar nicht erst eingeführt.

Mit einer flächendeckenden Regelung will Schmid die Erosion des mühsam erarbeiteten Kompromisses in der Sprachenfrage stoppen. Vor Zürich hat im März bereits Appenzell Ausserrhoden den Französischunterricht in der Primarschule gestrichen, im Kanton Aargau arbeitet die Regierung an einer eigenen Sprachenstrategie. «Es ist mit weiteren parlamentarischen Vorstössen zu rechnen, wenn sich die EDK nicht bewegt», sagt Schmid.

St. Gallen vor einem Entscheid

Der nächste Entscheid eines kantonalen Parlaments dürfte schon in den nächsten Tagen fallen. Dann debattiert der St. Galler Kantonsrat über eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe – genau wie in Zürich. Die entsprechende Motion wird nicht nur von allen Fraktionen von links bis rechts unterstützt, auch die Regierung stellt sich dahinter. Sie hat sich bereit erklärt, sich in der EDK für eine Verschiebung des Französischunterrichts auf die Oberstufe einzusetzen.

Aus Sicht von Schmid drängt deshalb die Zeit. Es brauche eine Lösung, bevor der Bundesrat einschreite und den Kantonen eine Regelung aufzwingt. Denn im schlechtesten Fall werde damit der Status quo mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule zementiert, sagt er. «Dann haben wir gar nichts gewonnen.»

Res Schmid geht es mit seinem Vorschlag auch um die Entlastung der Schule. Der Wegfall der zweiten Fremdsprache in der Primarschule setze Ressourcen frei, die dringend für andere Fächer benötigt würden. «Wir haben auf beiden Seiten der Sprachgrenze zunehmend Mühe, die Bildungsziele in der Erstsprache und in Mathematik zu erreichen.» Die Entlastung sei deshalb im Interesse aller Kantone.

Trotz der wachsenden politischen Opposition gegen den Französischunterricht in der Primarschule: Schmid zeigt sich überzeugt, dass die Bevölkerung im Zweifelsfall den nationalen Zusammenhalt immer noch höher gewichtet. Darauf deutet auch eine im August publizierte Erhebung des Bundesamtes für Statistik hin. Gemäss dieser Umfrage geniessen Französisch beziehungsweise Deutsch oder Italienisch als erste Fremdsprache in der Schule nach wie vor breite Unterstützung.

Landessprache wichtiger

77 Prozent der Befragten gaben an, dass die Schülerinnen und Schüler eine zweite Landessprache als erste Fremdsprache lernen sollten. Am stärksten ist die Unterstützung in der lateinischen Schweiz. In der Romandie sind 83 Prozent der Meinung, Englisch solle nicht Priorität haben. Im Tessin sind es gar 87,5 Prozent. In der Deutschschweiz finden immerhin noch 74,7 Prozent, eine Landessprache sollte den Vorzug vor einer anderen Sprache erhalten.

Für Schmid ist es keine Frage, ob der Bundesrat interveniert, sondern nur wann. In der Regierung gebe es eine Mehrheit für eine Priorisierung der Landessprachen. «Elisabeth Baume-Schneider ist die Mehrsprachigkeit ein grosses Anliegen. Sie wird sich dafür einsetzen», sagt Schmid, der die Innenministerin noch aus ihrer Zeit als jurassische Bildungsdirektorin kennt. Das Gleiche gelte auch für Guy Parmelin, Ignazio Cassis und Albert Rösti. «Und Martin Pfister hat in Freiburg studiert, er hat ebenfalls Sympathien für die Westschweiz.»

Zeit verschaffen könnte den Kantonen das eidgenössische Parlament. Die grünliberale Basler Nationalrätin Katja Christ hat ein Postulat eingereicht, in dem sie vom Bundesrat eine Auslegung zum Fremdsprachenunterricht in den Volksschulen verlangt. Bis der Bericht vorliegt, werden noch Tausende Französisch- und Deutschstunden im Land abgehalten werden.